

LEITARTIKEL

Für eine Politik mit Prinzipien



Das Parteienspektrum ändert sich. Orientierung kann hier die zentrale Figur des politischen Katholizismus geben: Ludwig Windthorst

VON SEBASTIAN SASSE

Am Sonntagabend stellte der Moderator der traditionellen „Berliner Runde“ launig fest, dass die Stühle immer mehr werden würden. Zu Bonner Zeiten saßen beim gleichen Termin die Vertreter von CDU/CSU, SPD und FDP, Anfang der 1980er kamen die Grünen hinzu, dann schließlich die PDS. Jetzt versammelten sich inklusive AfD und BSW acht Personen in der Runde, langsam gibt es Platz-Probleme im Studio. Die Bemerkung sollte witzig klingen, aber in ihr spiegelte sich die Unsicherheit wider, die viele umtreibt: Das Parteienspektrum ändert sich umwälzend, das ist allen klar. Aber wie ist das zu deuten? Grund zur Hoffnung oder doch eher Grund zur Sorge?

Diese Fragen treiben auch viele Christen um. Eigentlich sind sie Spezialisten für Krisen, also für Wendepunkte. Denn da, wo alle Anderen hektisch werden, weil ihre Weltbilder umstürzen, da können Christen aus der Zuversicht heraus handeln, dass derjenige, auf den sie ihren Glauben gründen, immer der Gleiche ist. So steht es zumindest im Lehrbuch. In der Praxis freilich hinterlässt die politische Lage auch bei Christen Spuren. Das gilt auch für lehramtstreue Katholiken. In dieser Situation kann die Erinnerung an einen Mann helfen, den Golo Mann

einmal den bedeutendsten deutschen Parlamentarier genannt hat und der die zentrale Gründergestalt des politischen Katholizismus in unserem Land ist: Ludwig Windthorst (1812-1891). Bekannt ist der Führer der katholischen Zentrumsparterie in den ersten Jahrzehnten des Kaiserreiches vor allem als Gegenspieler Bismarcks. Der Historiker Rainer F. Schmidt hat ihn kürzlich einen „Prinzipienpolitiker“ genannt.

Der Reichskanzler habe anders als Windthorst nicht an die politische Wirkkraft von Prinzipien geglaubt, sondern lediglich an Interessen. Das Hauptinteresse, in der Innen- wie in der Außenpolitik, ist Macht. Letztlich geht es dann darum, für das eigene Lager die Macht zu sichern und möglichst viel von dem, was man politisch wünscht, erfüllt zu bekommen. Das ist grundsätzlich auch nicht falsch. Aber wer allein in diesem Mechanismus verharrt, der mag vielleicht eine Zeit lang im machtpolitischen Spiel glänzen (siehe Bismarck), aber auf Dauer richtet er seine Politik nicht auf das Gemeinwohl aus. Am Ende geht es nur um die Durchsetzung der Lagerinteressen. Freilich, das ist häufig zu beobachten, halten die Vertreter dieser Richtung ihre Lagerinteressen irgendwann für das Ge-

meinwohl. Dieser Gefahr erlag Windthorst nicht, dank seiner Prinzipien. Am besten drücken diese sich in dem alten Zentrums-Slogan „Für Wahrheit, Freiheit, Recht“ aus. Ein charakteristisches Beispiel ist Windthorsts Einsatz gegen Antisemitismus (seine Reichstagsreden sind heute wieder höchst lesenswert). Auch wenn ihm das im damaligen katholischen Milieu nicht überall Freunde machte, gerade bei denen nicht, die Anschluss an das damalige konservative Lager suchten. Ihm war aus der Erfahrung des „Kulturkampfes“ klar: Wer für die Religionsfreiheit der Katholiken eintritt, muss auch für die Religionsfreiheit der Juden kämpfen. Auch heute gibt es angesichts der Unübersichtlichkeit bei manchen Christen wieder die Sehnsucht, eine Heimat in einem politischen Lager zu finden. Vor allem in Richtung rechts der Mitte schielen manche. Sie sollten nicht vergessen: Die aktuellen politischen Lager werden vor allem durch gemeinsame Feinde geformt, nicht durch gemeinsame Prinzipien. Gemeinsame Feindschaften erzeugen vielleicht kurzfristige Übereinstimmungen in politischen Interessen. Wer langfristig denkt, muss aber auf Prinzipien setzen. Nur sie sorgen für echte politische Souveränität.

Die Lager werden durch gemeinsame Feinde geformt, nicht durch Prinzipien.

KOMMENTAR

Brüsseler Schachspiele

Die EU spielt erstmals auch Verteidigungs-Gemeinschaft

Stellen wir uns ein Schachspiel vor, bei dem allerdings ständig neue Figuren aufs Brett gelangen, die Figuren ihre Fähigkeiten verändern, manche Spielzüge offen und andere verdeckt getätigt werden, und alle paar Jahre das Schachbrett um ein paar Felder vergrößert wird. Dazu kommt, dass sich nicht nur zwei Spieler gegenüber sitzen, sondern gesuchte und unerwünschte Einflüsterer zu ihrem Ohr dängen. Wer solche Spiele liebt, sollte Präsident der EU-Kommission werden. Ursula von der Leyen scheint darin Talent zu haben, das belegt die Zusammenstellung ihrer EU-Kommission, die im Oktober die Anhörungen im Europäischen Parlament absolvieren muss. Jeder EU-Mitgliedstaat meint, „seinen“ EU-Kommissar benennen zu dürfen, doch die Kommissionspräsidentin schmiedet aus diesem bunten Haufen aus unterschiedlichen Ländern, Parteien und Begabungen eine Regierung, die funktioniert und doch nicht am Machtwillen der Regierungen scheitert, die stark ist und doch von ihr selbst

geführt wird. Das managt von der Leyen durch Ressortzuteilung: Weil die Staaten weniger Frauen benannten, als gewünscht, erhob sie überproportional viele Frauen zu Vizepräsidentinnen. Und um alle kontrollieren und alles entscheiden zu können, überlappen sich die Ressorts der Kommissare, so dass keiner allzu mächtig wird.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich ein Widerstand gegen die Kandidaten aus Ungarn und Italien zusammenbraut, die von der Leyen schulterzuckend fallen lassen kann, während sie mit einem stillen, fast überschenen Schachzug neues Terrain erobert: Mit dem Litauer Andrius Kubilius bekommt die EU erstmals einen Kommissar für Verteidigung. Zweimal war der Christdemokrat Regierungschef Litauens, seit 2019 gehört er dem Europaparlament an. Jetzt, in Zeiten des Krieges, soll er der EU eine Mitbestimmung in der Rüstungs- und Verteidigungspolitik sichern. Ein sachlich richtiger und strategisch geschickter Schachzug.

STEPHAN BAIER

GASTKOMMENTAR

Schicksalstage für den Libanon

Das Land der Zedern ist der Hauptverlierer der Eskalation

Bereits seit geraumer Zeit, insbesondere seit dem schrecklichen Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober des Vorjahres, ist die Lage im israelisch-libanesischen Grenzgebiet prekär und geprägt von fast täglichem gegenseitigen Beschuss und Scharmützeln zwischen der israelischen Armee und der schiitischen Hisbollah im Libanon. Zehntausende Menschen auf beiden Seiten der Grenze waren deshalb bereits zur Flucht ins Landesinnere gezwungen worden und ganze Landstriche sind inzwischen fast menschenleer. In den vergangenen Tagen ist die Lage jedoch nach einer ganz offensichtlich dem israelischen Geheimdienst zuzurechnenden Geheimoperation, in deren Rahmen die internen Kommunikationsmittel der Hisbollah als Waffen gegen die eigenen Benutzer eingesetzt wurden, und gezielten Tötungen hochrangiger Hisbollah-Kommandeure mitten in der Hauptstadt Beirut dramatisch eskaliert.

Nach nahöstlicher Logik ist nun früher und später mit entsprechender Vergeltung durch die Hisbollah zu rechnen, falls die Israelis nicht schon vorher selbst in den Süden des Libanon eindringen, um die

aktuelle Schwächephase des Gegners zu ihren Gunsten auszunutzen und die Hisbollah auf deren eigenem Territorium zu bekämpfen. Da die Hisbollah militärisch ungleich stärker als die Hamas ist, ist nicht klar, ob es bei einem solchen Waffengang einen eindeutigen Sieger geben würde.

Der Hauptverlierer steht aber auf jeden Fall bereits fest: der bereits am Boden liegende Libanon, der schon seit 2019 die schlimmste Wirtschaftskrise seiner Geschichte und eine veritable Bankenkrise durchlebt, ist auf dem besten Weg, ein „failed state“, ein gescheiterter Staat zu werden. 80 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, es gibt eine galoppierende Inflation und hohe Arbeitslosigkeit. Ein neuerlicher ausgewachsener Krieg wäre wohl der letzte Sargnagel für die einstige „Schweiz des Orients“, die auch immer noch hunderttausende Flüchtlinge beherbergt, was unabsehbare negative regionale Konsequenzen hätte.

STEFAN MAIER

Der Autor ist Projektkoordinator des Hilfswerks „Initiative Christlicher Orient“ (ICO).

PRESSESTIMMEN

Die spanische Regierung kooperierte mit Maduro

Ein Kommentar von Ignacio Camacho in dazu in der spanischen Zeitung „ABC“: Es wird zunehmend klar, dass Edmundo González' Ausreise aus Venezuela zwar verständlich, aber letztlich ein Fehler war – und dass die Rolle der spanischen Regierung dabei weniger humanitäre Hilfe als ein heuchlerischer Gefallen an Maduro war. Der Wahlsieger beugte sich dem Druck, was aus Sicherheitsgründen nachvollziehbar ist. Die Enthüllung des chavistischen Regimes, dass in der spanischen Botschaft Nötigung stattfand, bringt die Regierung Sánchez in Verlegenheit. Wenn Erpressung im Spiel ist, verschwimmen die Grenzen zwischen Mitwirkung und Anstiftung. Zweifel werden weiter genährt durch die Weigerung der Sozialdemokraten im EU-Parlament, González als Präsidenten anzuerkennen. (...). Sánchez' Doppelmoral, vor allem im Vergleich zu seiner einseitigen Anerkennung Palästinas, ist offensichtlich. Seine

zweideutige Haltung gegenüber der chavistischen Tyrannei wirft viele Fragen auf und nährt zahlreiche Verdächtigungen.

Corona-Pandemie: Aufklärung tut weiter not

Jörg Matysik, Professor für analytische Chemie an der Universität Leipzig, fordert in der „Berliner Zeitung“ nach den Corona-Erfahrungen „Aufklärung statt Unterwürfigkeit“: Das RKI unter Professor Lothar Wielers Leitung hat es anscheinend vermieden, Daten für einen Vergleich zwischen Geimpften und Ungeimpften zu erheben. Es wäre doch äußerst wichtig zu erfahren, getrennt nach Altersgruppen und Anzahl der persönlichen Impfungen, ob sich Geimpfte wirklich weniger häufig anstecken als Ungeimpfte, ob eine Covid-Erkrankung auch nach der dritten, vierten und fünften mRNA-Impfung einen harmloseren Verlauf zeigt und wie es mit dem allgemeinen Gesundheitszustand und der Stabilität des Immunsystems bei Geimpften und Ungeimpften im Vergleich aussieht. Dass der

Impfstatus unter Datenschutz steht, ist kein überzeugendes Argument, diese allerwichtigsten Daten nicht zu erheben. Denn als Corona-Maßnahme durfte jeder Gastwirt und auch jeder Einlasskontrolleur im Handel das Vorzeigen des Impfpasses fordern.

Überhaupt wurden, wie bereits schon seit langem bekannt und häufig auch kritisiert, wichtige Daten nicht erhoben und mit „Fallzahlen“ operiert, deren wissenschaftliche Aussagekraft mehr als fragwürdig ist, aber anhand derer man zum richtigen Zeitpunkt die Krise „hochskalieren“ (Begriff aus den RKI-Files!) konnte, wie von der Politik gewünscht. Auf seiner Homepage schreibt das RKI unter Grundlagen für wissenschaftliches Arbeiten und Handeln unter anderem: „Strikte Ehrlichkeit in Hinsicht auf die eigenen und die Beiträge anderer zu wahren und einen kritischen Diskurs in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zuzulassen und zu fördern.“ Die RKI-Protokolle zeigen, dass das RKI diesem Anspruch nach außen überhaupt nicht nachgekommen ist. So war es dem

RKI klar, dass die sogenannte Impfung nicht vor Übertagung schützt, trotzdem ist man gegen den Begriff „Pandemie der Ungeimpften“ nicht vorgegangen, mit der Begründung (Zitat aus den RKI-Files): „Sagt Minister bei jeder Pressekonferenz, vermutlich bewusst, kann eher nicht korrigiert werden“.

Wenn also der Vorgesetzte etwas sagt, dann zählt die gute wissenschaftliche Praxis nicht, obwohl man weiß, dass er Unwahrheiten verbreitet – wodurch letztlich eine tiefe Spaltung der Gesellschaft herbeigeführt wurde!

Spanien: Die Regierung plant Zensurgesetz

Die spanische Plattform „InfoCatólica“ berichtet über Pläne der Regierung und die Reaktion von Bischof Munilla: Die spanische Regierungskoalition aus Sozialisten (PSOE) und Linksextrremen („Sumar“) hat sich auf einen „Aktionsplan für Demokratie und gegen Fake News“ geeinigt, um „Desinformation zu bekämpfen und das Recht der Bürger auf wahrheits-

gemäße Informationen zu schützen“. Präsident Pedro Sánchez verteidigt den Plan als grundlegenden Schritt, um dem Bürger Zugang zu verlässlichen Informationen zu gewährleisten, und um Manipulation der öffentlichen Meinung zu verhindern. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine regelrechte Zensur. Das Strafgesetzbuch soll reformiert werden, um so genannte Meinungsdelikte abzuschaffen, wie z. B. die Verletzung religiöser Gefühle und Beleidigung des Königs und hoher Staatsinstitutionen. Andererseits werden Spott, Skandal und Blasphemie gegen das, was katholischen Bürgern am wichtigsten ist, Tür und Tor geöffnet. Erzbischof José Ignacio Munilla von Orihuela-Alicante kommentierte auf „X“ die Pläne der Regierung spöttisch: „Kurz gesagt, sie erleichtern es, religiöse Gefühle zu verletzen oder die Monarchie zu beleidigen, während sie Initiativen ankündigen, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die sie kritisieren? Keine weiteren Fragen!“